

(Präsident Schmidt)

(A) Meine Damen und Herren, hierzu ist keine Debatte vorgesehen.

Ich lasse deshalb über diesen Wahlvorschlag **abstimmen**. Wer ist für den Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Wahlvorschlag** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

9 Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 12/2171

Auch hier ist keine Debatte vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag **abstimmen**. Wer für diesen Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Wahlvorschlag** einstimmig **angenommen**.

(B) Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/1150

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/2098

dritte Lesung

Da nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs keine Ausschußsitzung mehr stattgefunden hat, ist auch heute die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung zur zweiten Lesung Drucksache 12/2098 Grundlage der Beratung und Abstimmung.

Die Fraktionen haben sich inzwischen auf Redezeiten von je 5 Minuten geeinigt.

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- Gerade, Herr Appel.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Jentsch das Wort. (C)

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ihren Wortbeiträgen, Herr Paus, haben Sie der Öffentlichkeit gestern wieder vor Augen geführt, wie unbedeutend die NRW-CDU ist:

(Lothar Hegemann [CDU]: Donnerwetter!)

kein Wort über die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger; dann diese Horrorzahlen. Haben Sie tatsächlich nicht mit den Adreßbuchverlagen gesprochen? Wenn ja, dann sagen Sie bewußt die Unwahrheit.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Aber so ist Ihre Politik. Die Adreßbuchverlage reden von ganz anderen Zahlen, als sie Herr Paus gestern genannt hat. Machen Sie sich doch einmal schlau und reden Sie mit den Leuten! Aber so ist Ihre Politik: voller Widersprüche und schwarzweißmalend; reden um des Redens willen; reden, um Angst zu machen.

Sie sollten sich endlich ein Beispiel daran nehmen, wie Ihre konservativen Kollegen anderswo handeln. Ich denke hierbei an die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Frau Petra Roth, oder ich wiederhole den Kollegen Appel, der gestern vom Saarland sprach. Dort hat die CDU ganz anders entschieden. (D)

(Heinz-Helmich van Schewick [CDU]: Der Roland Appel weiß das!)

Meine Damen und Herren von der CDU, da handeln die Kollegen. Aber zu einer sicheren innovativen Politik sind Sie ja unfähig.

Wir bleiben dabei: Erstens: Das novellierte Meldegesetz entspricht den gestiegenen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger. Es trägt damit maßgebend zur Mündigkeit bei. Zweitens: Die Verlage erhalten ausreichend Zeit, um sich umzustellen. Diesen Zeitraum werden wir sehr intensiv beobachten.

Wir stellen fest, daß wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handeln. Verharren Sie ruhig weiter in der Rolle der Neandertaler! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Paus das Wort.

(A) **Heinz Paus (CDU):** Herr Kollege Jentsch, Ihr Wortbeitrag zeigt, daß man draufhauen, verleumden und beleidigen muß, wenn man in der Sache unrecht hat.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]:
Siehe Linssen!)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, mit der dritten Lesung, die wir beantragt haben, haben wir Ihnen Bedenkzeit geben wollen.

(Manfred Böcker [SPD]: Gnädig!)

Wir hatten gehofft, daß Sie die Bedenkzeit tatsächlich nutzen würden. Nach den Ausführungen, die Kollege Jentsch vom Stapel gelassen hat, bin ich da nicht mehr so sicher.

(Brigitte Speth [SPD]: Wohl ganz überrascht?)

Ich hatte gehofft, daß Sie die Bedenkzeit vor allem nutzen würden, um sich beim Innen- und Wirtschaftsminister darüber zu informieren, was diese Abstimmung für Folgen haben wird. Entgegen der Regierungsvorlage, die die Widerspruchslösung bei den Adreßbüchern vorsah, schlagen Sie aufgrund eines Kuhhandels, den Sie mit den GRÜNEN machen mußten, weil Sie sonst keine vernünftige Regelung für die Kirchen zustande gekriegt hätten, die Einwilligungslösung vor. Das bedeutet - ich wiederhole das - die Vernichtung von 3 000 Arbeitsplätzen.

(B)

(Manfred Böcker [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Herr Kollege Appel, Sie haben gestern gesagt: Das seien nur 150 Arbeitsplätze, und das könne man alles in den Griff bekommen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Seien Sie bloß vorsichtig, wenn Sie mich immer wieder falsch zitieren!)

- Herr Appel, Sie haben gestern gesagt: Das seien nur 150 Arbeitsplätze; darüber müßte man mal hinwegsehen.

(Roland Apper [GRÜNE]: Das stimmt nicht. Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

- Herr Appel, melden Sie sich gleich, dann können Sie selbst etwas vortragen.

Ich habe hier gestern das Schreiben des Innenministers zitiert, das wir zu den Ausschußberatungen angefordert hatten. Ich darf noch einmal zusammenfassen, was der Innenminister dieser Landesregierung festgestellt hat:

Die Widerspruchslösung im Bereich der Adreßbücher erfüllt die Belange des Datenschutzes voll. Es gibt für den, der nicht widersprochen hat, keine schutzwürdigen Belange, die beeinträchtigt würden, wenn sein Name und seine Anschrift in einem Adreßbuch auftauchen. Die Einwilligungslösung gefährdet bzw. vernichtet 3 000 Arbeitsplätze.

(C)

Das sind die Zahlen dieser Landesregierung, auf die wir uns stützen. Was sollen wir denn sonst glauben?

(Beifall bei der CDU - Manfred Böcker [SPD]:
Seit wann glauben Sie der Landesregierung?)

Der Innenminister dieser Landesregierung hat erklärt, daß die Lösung, die Sie jetzt wollen, zusätzliche Kosten für die Kommunen bedeutet. Ich habe das gestern zitiert und genau aufgepaßt, was Minister Kniola im Anschluß dazu gesagt hat. Er hat diese Passage bewußt nicht angesprochen, und ich hatte den Eindruck, daß er sich von dem Ergebnis der Koalitionsfraktionen, das trotz seines anderslautenden Rates gefunden worden ist, distanziert.

Meine Damen und Herren! Die Argumentation von Wirtschaftsminister Clement und Innenminister Kniola wird auch vom DIHT, dem Städtetag und einer großen Zahl Ihrer Oberbürgermeister im Ruhrgebiet unterstrichen. Wir haben deren Schreiben alle vorliegen. Reden die alle Blödsinn? Haben die alle überhaupt keine Ahnung? Warum haben sie uns denn geschrieben, daß man die Kollegen in der SPD-Fraktion auffordern wolle, es doch bei der alten Lösung zu belassen und damit keine Arbeitsplätze zu gefährden? Etwa weil die alle falsche Zahlen haben? Weil die alle Blödsinn reden?

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gestern im Anschluß an die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfes noch einige Gespräche mit Kollegen der SPD-Fraktion geführt und hatte das auch schon vorher getan. Dabei hatte ich den Eindruck, daß sie wenig informiert darüber waren, was sie mit dieser Abstimmung anrichten, daß sie Arbeitsplätze vernichten.

Sie wußten auch nicht, daß sie zum Beispiel bei der Mitteilung von Ehejubiläen an kommunale Vertretungskörperschaften, zum Beispiel an Bürgermeister, und an Lokalredaktionen nicht mehr die Widerspruchs-, sondern die Einspruchslösung beschließen. Das wußte noch nicht einmal Herr Appel. Als ich das gestern hier vorgetragen habe, hat er mir entgegengehalten, das sei alles völlig falsch und stimme gar nicht, im Gesetzentwurf stehe nach wie vor die Widerspruchslösung. Das

(Paus [CDU])

(A) hatte die GRÜNE-Fraktion so auch mit einer Presseerklärung so verbreitet. Lesen Sie es im Gesetzentwurf nach. Danach gilt jetzt die Einspruchslösung. Das heißt: Sie haben Dinge beschlossen, ohne zu wissen, was Sie beschließen. Auf dieser Basis werden hier 3 000 Arbeitsplätze abgebaut. Das ist abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden auch bezüglich des zweiten Themas, das ich angesprochen habe, draußen deutlich machen, was dieser Beschluß bedeutet. Wir werden die Lokalredaktionen informieren, daß sie keine Nachrichten mehr bekommen. Wir werden es den Bürgermeistern mitteilen, und wir werden sagen, wer das hier beschlossen hat.

Meine Damen und Herren, Sie haben Zeit zum Nachdenken gehabt. Wir hatten gehofft, Sie hätten die Zeit genutzt, sich intensiver mit dem zu beschäftigen, was Ihre innenpolitischen Kollegen hier beschlossen bzw. verbrochen haben. Ich hatte gehofft, Sie hätten die Stärke gefunden, diesen Fehler zu korrigieren und den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich fordere Sie nochmals auf: Sprechen Sie sich für den Erhalt 3000 wichtiger Arbeitsplätze in unserem Lande aus und lehnen Sie diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Paus. - Das Wort hat der Kollege Appel.

(Unruhe und Zurufe von der CDU)

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Hegemann, Ihre Zwischenrufe liegen auf dem gleichen Niveau wie die Debatte, die Sie heute morgen in der für Sie üblichen Art und Weise vom Zaun gebrochen haben. Von der gleichen Qualität sind auch die Einlassungen von Herrn Paus. Herr Paus, Sie unterstellen mir mit Ihren Zitaten Dinge, die ich nie gesagt habe. Ich habe gestern gesagt, daß ich ein Gespräch mit den Adreßbuchverlagen gehabt habe, das Sie offensichtlich nicht geführt haben können, weil Sie sich gar nicht mit dieser Angelegenheit beschäftigen, nicht nachfragen, sondern irgendwelche Zahlen zitieren, die überhaupt nicht real sind

und überhaupt nicht mit dem übereinstimmen, was die Adreßbuchverleger selbst sagen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Adreßbuchverlage sprechen in ihrer Stellungnahme von 1 500 Arbeitsplätzen. Sie reden dauernd von 3 000 Arbeitsplätzen. Sie benutzen eine virtuelle Zahl. Legen Sie endlich einmal auf den Tisch, woher Sie diese Zahl haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich habe Ihnen gesagt, die Adreßbuchverleger selbst hätten bei uns im Gespräch eingeräumt, daß in ihren Verlagen überhaupt nur 150 Personen mit diesem Thema beschäftigt seien. Diese Zahl drehen Sie mir im Munde herum und versuchen, mir zu unterstellen, ich hätte gesagt, es wäre nicht so schlimm, wenn deren Arbeitsplätze wegfielen. Das habe ich überhaupt nicht gesagt.

(Heinz Hardt [CDU]: Aber so haben Sie das gemeint!)

Ich bezweifle nämlich, daß Ihre aberwitzige Behauptung, daß durch dieses Gesetz Arbeitsplätze gefährdet wären, in irgendeiner Weise zutrifft. Das habe ich gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie bauen Ihre Argumentation auf Windeiern auf. Es grenzt an den Bereich des Verleumderischen, was Sie hier aus ideologischer Verblendung in die Welt zu setzen versuchen, weil Ihrer Ansicht nach Rot-Grün nichts für die Bürgerrechte zustande bringen darf und Sie sich zu einer abenteuerlichen Interpretation des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung haben hinreißen lassen. (D)

Ich lese Ihnen gerne einmal aus der Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz vor.

(Zuruf von der CDU)

- Herr Meyer, warum gackern Sie eigentlich so? Dabei kommt doch nie etwas heraus. Sie legen ja doch kein Ei.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der SPD: Windeier!)

Lassen Sie das doch!

Ich zitiere Ihnen aus der Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz, die zur Illustration der Schwierigkeiten, denen Bürgerinnen und Bürger bei der Durchsetzung ihrer Rechte immer noch begegnen, folgendes ausführt:

(Appel [GRÜNE])

(A) "Bereits in zwei Fällen wurde ich nur zufällig auf eine kleine Mitteilung der Tageszeitung aufmerksam, daß die Meldebehörde der Stadt beabsichtigte, die Meldedaten ihrer Bürger an einen Adreßbuchverlag weiterzugeben. In dieser Mitteilung wurde man dann auf sein Widerspruchsrecht hingewiesen, welches ich auch jeweils in Anspruch genommen habe.

Da ich in der nächsten Zeit aus dem Berufsleben ausscheide und öfters auf Reisen sein werde, kann es durchaus möglich sein, daß ich eine weitere gleiche Mitteilung zukünftig nicht lese und somit meinen Widerspruch nicht einreichen kann."

So schreibt der Bürger oder die Bürgerin.

"Ich beabsichtige daher, bei der Meldebehörde einen entsprechenden Widerspruch für die Zukunft einzureichen. Mir wurde mitgeteilt, daß dies nicht ginge. Es sei technisch nicht möglich. Mit dieser Auskunft bin ich nicht einverstanden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es nicht durchführbar ist, da auch eine Sperrung aus besonderen persönlichen Gründen - zum Beispiel Gefährdung der Person - möglich ist.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann doch nicht davon abhängen, ob ich zufällig eine Zeitungsnotiz lese oder nicht."

(B) So schreibt eine Bürgerin oder ein Bürger an die Landesbeauftragte für den Datenschutz. Es sind übrigens viele, es hat massenhaft Zuschriften gegeben, die die Landesbeauftragte und unsere Fraktion bekommen haben.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist doch gar nicht wahr.)

- Daß Sie keine Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern bekommen, ist angesichts Ihrer Art von Politik und Opposition etwas, über das ich Ihnen nicht hinweghelfen kann.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Daran kann und werde ich auch nichts ändern. Insofern werden wir auch nichts zur Verbesserung Ihrer Lage beitragen.

Dann hat Herr Leifert noch in letzter Minute versucht, Ihnen parteipolitisch als Repräsentant des Städtetages reinzugrätzen, und hat an den Innenminister geschrieben. Nur hat er sich leider im Sachverhalt, den er vorgetragen hat, völlig geirrt. Er hat behauptet, § 9 Meldegesetz würde riesige Datenspeicherungen nach sich ziehen. Und das Antwortschreiben von Herrn Kniola vom 24. Juni

belehrte ihn darüber, daß das alles heiße Luft war und daß dem nicht so ist. (C)

Das macht meines Erachtens deutlich, auf was Sie hier abgezielt haben, Herr Paus. Sie wollten dieses datenschutz- und bürgerrechtsfreundliche und individuelle Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das Grundrechtscharakter hat und das nur im überwiegenden Allgemeininteresse eingeschränkt werden darf, einschränken. Das Recht von Adreßbuchverlagen, Adreßbücher herauszugeben, ist ein wirtschaftliches, aber kein überwiegendes Allgemeininteresse.

(Heinz Hardt [CDU]: Also doch!)

Lesen Sie es mal in der Verfassung! Lesen Sie einmal die Rechtsprechung.

(Heinz Hardt [CDU]: Sie Arbeitsplatzvernichter!)

Das möchten Sie hier diskutieren. Sie diskutieren es an falscher Stelle, und Sie diskutieren es mit den falschen Argumenten.

(Heinz Hardt [CDU]: Sie Arbeitsplatzvernichter!)

- Ja, Herr Hardt, das ist das gleiche Niveau, als wenn Sie nächste Woche als Bürgermeister von Düsseldorf argumentierten: Weil die Samstagsgeschäfte der Düsseldorfer Geschäftsleute hier und da durch Demonstrationen beeinträchtigt werden könnten, müßte das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit eingeschränkt werden. Genau auf demselben Niveau liegt Ihre Argumentation. (D)

Ich sage Ihnen: So können Sie mit Grundrechten nicht umgehen. Das zeigt, daß Ihre Partei ein gestörtes Verhältnis zu Grundrechten hat. Das kennen wir vom großen Lauschangriff, das kennen wir von anderen Stellen, und Sie haben es einmal wieder unter Beweis gestellt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf von der CDU: Pfui!)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat Herr Innenminister Kniola.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Rede von Herrn Kollegen Paus angehört habe, muß ich feststellen, daß es im Vergleich zur zweiten Lesung keine neuen Argumente gibt. Ich wollte daher eigentlich auf eine Wortmeldung verzichten.

(Minister Kniola)

(A) Sie haben hier nur einen Punkt vorgetragen, der mich veranlaßt, hier das Wort zu ergreifen. Sie haben gesagt, es gebe eine innere Distanzierung des Innenministers zum Ergebnis der Ausschlußberatungen. Ich will ausdrücklich sagen, daß das nicht der Fall ist. Wie wenig Sie mit der Materie vertraut sind, zeigt auch die Tatsache, daß Sie hier permanent von Einspruchsregelung reden, wo doch Einwilligungsregelung gemeint ist.

(Zurufe von der CDU)

Das zeigt, daß Sie zur Sache eigentlich keinen Beitrag liefern können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir stimmen ab zur dritten Lesung des Gesetzesentwurfes Drucksache 12/1150, und zwar im Sinne der **Beschlußempfehlung** des Ausschusses für Innere Verwaltung **Drucksache 12/2098**. Wer für ist für die Empfehlung? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der **Gesetzesentwurf in dritter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet**.

(B)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Wir treten nunmehr in die Sommerpause ein, die bis zum 24. August 1997 dauert. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen einen schönen und hoffentlich sonnigen Urlaub, gute Erholung und eine glückliche Heimkehr.

Die erste Sitzung nach der Sommerpause findet am 3. September 1997 statt. In dieser Sitzung wird dann der Haushaltsentwurf 1998 eingebracht.

In diesem Sinne alles Gute! Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Schluß: 14.05 Uhr

2. Juli 1997/Ausgegeben: 7. Juli 1997

^{*)} Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.